

# Vor 30 neuen Hungergesetzen Brüning's

Dresdner Anzeiger beschäftigt aufs neue: SPD wird Mißtrauensantrag gegen Brüning niederstimmen

Dresden, den 9. Oktober.

Die Morgenpresse berichtet von der Einbringung von 30 neuen Gesetzen zur Durchführung des Brüning'schen Finanzplanes. Unter diesen Gesetzen befinden sich u. a. ein Besoldungsgesetz für die unteren Beamtengehälter, ein Gesetz, das den Ländern und Gemeinden die Erhöhung der sozialen Ausgaben auf 3 Jahre verbietet, ein Gesetz zur Erhöhung der Tabaksteuer, ein Gesetz zur Verlängerung der durch Notverordnung in Kraft gesetzten Vermögenssteuer, ein Gesetz über Reform der Arbeitslosenversicherung, ein Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Diesem Brüning-Kurs wollen die SPD-Führer ihre Zustimmung geben. Aufse neue beschäftigt es der „Dresdner Anzeiger“ von heute morgen, indem er schreibt:

... Für den Augenblick dürfte daher der Kanzler besonders aus seiner Besprechung mit den Sozialdemokraten den Eindruck gewonnen haben, daß zunächst wohl ein anderer Weg eingeschlagen werden muß. Von der Großen Koalition ist ja schon längst nicht mehr die Rede, wohl aber scheinen die Sozialdemokraten bereit zu sein, der Regierung über die ersten parlamentarischen Schwierigkeiten hinwegzujuden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Ablehnung von Mißtrauensanträgen, um die Ablehnung von Anträgen über die Wiederaufhebung der Notverordnungen, um die Zustimmung zum Ueberbrückungskredit und dem damit verbundenen Schuldenentlastungsgesetz und schließlich um die Zustimmung zu einer möglichst langfristigen Vertagung des Reichstages.

## Unsere Diskussion über Einheitsfront

Während über unsere begonnene Diskussion über proletarische Einheitsfront und unsere Aufforderung an alle sozialdemokratischen Arbeiter, sich daran zu beteiligen, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

Ein Zwickauer Parteigenosse (gemeint ist Winkler, dessen Artikel wir vor einigen Tagen in unserer Zeitung ver-

öffentlichten, D. Red.) und noch dazu einer, der auf der sozialdemokratischen Kandidatenliste zum Reichstag steht, hat der kommunistischen Partei einen neuen „Schlager“ gegen die SPD geliefert. ... Der Zwickauer Parteigenosse scheint nicht einmal erkannt zu haben, daß es seit langem kommunistische Praxis ist, die Mitglieder der SPD gegen die Parteiführung auszuspielen. ... Nur wer die Sachlage völlig verkennt oder auch vor einer Pflichtvergessenheit nicht zurücktritt, kann der (kommunistischen) Presse, D. Red.) den Gefallen tun und ihr die Verleumdungskompanie gegen die Sozialdemokratische Partei durch Briefschreibereien tätigen.

„Pflichtvergessen“ ist es nicht, wenn die SPD-Führer sich anziehen, den Brüning-Kurs aktiv zu unterstützen, wenn die Hermann Müller und Wels in trauter Aussprache mit Brüning den Hungerplan gegen das Proletariat miteinander vereinbaren. Aber „Pflichtvergessen“ ist es nach Meinung der sachlichen SPD-Führer, wenn sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre sich in eine Diskussion über Mittel und Wege zur Bildung der proletarischen Einheitsfront einlassen. Wir haben von der SPD-Presse nichts anderes erwartet, glauben aber sicher an eine andere Stellung und Auffassung der SPD-Arbeiter.

Wir fordern an dieser Stelle erneut unsere Genossen, die parteilosen, sozialdemokratischen oder sonst wie organisierten Arbeiter auf, sich an unserer öffentlichen Diskussion über die Fragen der Einheitsfront zu beteiligen und ihre Ansichten in unserer Presse darzulegen.

## Die faschistische Blutbeize entlarvt

(Antif.) Durch die Presse ging dieser Tage die Meldung, daß zwei bei dem Zusammenstoß in Bernsdorf verletzte Nationalsozialisten im Zwickauer Kreisrankestift ihren schweren Verletzungen erliegen seien. Von antifischer Seite wird uns mitgeteilt, daß diese Meldung unrichtig ist. Die vier verletzten Personen sind sämtlich aus dem Kreisrankestift Zwickau wieder entlassen worden.

# Streik gegen Schandschiedspruch!

Beschluß der Berliner Bauhändler / Metallarbeiter Sachsens, so müßt auch ihr antworten

Berlin, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern Abend fand in den Sophienböden eine Brandversammlung der Bau- und Metallhändler statt. Der gefällte Schiedspruch, wonach der Lohn auf drei Wochen bis zum 31. Oktober verlängert wird, wurde von der Versammlung einstimmig abgelehnt. Es wurde der Beschluß gefaßt, heute in den Betrieben eine Abstimmung über die Proklamierung des Streiks, getrennt für Organisierte und Unorganisierte durchzuführen. Bei der Abstimmung, die unter dem Bau- und Metallhändlerverband hergeht, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sie sich einmütig für den Streik aussprechen werden.

## Wie die Bürokratie den Verrat vorbereitet

Berlin, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der „Abend“ berichtet, sind die Schlichtungsverhandlungen für die Berliner Metallindustrie über den Lohnabbau, die heute fortgesetzt werden sollten, wiederum verlagert und finden Ende der Woche statt. Diese Verlegung ist zweifellos unter dem Eindruck der wachsenden Streikstimmung der Berliner Metallarbeiter erfolgt. Hinter den Kulissen sind Verhandlungen statt, um die Unternehmer zu bestimmen, ihre Forderung von 15 Prozent Lohnabbau zu reduzieren und die Forderung der Gewerkschaftsführer auf die Verzögerung der Lohnabbau um 7 Prozent anzuerkennen. Daß trotzdem dabei

praktisch ein Lohnabbau eintritt, wird selbstverständlich von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie unterschlagen. Der „Abend“ unterschlägt dieses Manöver, indem er von der Forderung der Gewerkschaftsbürokratie nicht spricht, sondern einzig und allein die 15 Prozent Lohnabbau in den Vordergrund stellt. Dieses Manöver hat den Zweck, einen eventuellen Lohnabbau schon jetzt als unabwendbar zu signalisieren.

## Hitler-Parade erneut abgelehnt

Berlin, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf Grund der Regierungserklärungen mit Brüning hat Hitler den für kommenden Sonntag vorgesehenen Aufmarsch seiner Sturmabteilungen in Potsdam erneut abgelehnt.

# Die Partei ruft!

Revolutionsfeier am 7. November! Im Zukus. Alle anderen Veranstaltungen fallen aus. / Rüstet schon heute zur Massenbetätigung!

# Mächtige Rot-Front-Demonstration vor den Leipziger Klassenrichtern

Vor dem Zusammenbruch der Anklage — Gericht verhängt aus Rache „Ordnungsstrafen“ über sämtliche Angeklagten

Leipzig, den 9. Oktober.

Die weiteren Zeugenvernehmungen im Leipziger Jungkommunistenprozeß brachten die Bestätigung, daß die den Angeklagten vorgelesenen Taten von ihnen nicht begangen sein können, darum die Anklage nicht aufrecht erhalten werden kann. Die wichtigste Zeugenvernehmung war die des Genossen Hoffmann, des führenden Gauführers des jetzt verbotenen Roten Frontkämpferbundes.

Hoffmann erscheint in Gefängniskleidung und marschiert mit hochgehobener Faust in den Saal, von den Angeklagten durch Ausschreien und mit einem kühnen „Rot Front!“ begrüßt.

Der Vorsitzende ist machtlos gegen die Demonstration. Hoffmann erklärte bei der Vernehmung: „Wir im Waffenprozeß angeklagten Genossen durften 50 Tage lang keinen Rundgang machen. Bei meiner zweiten Vernehmung hörte ich den Namen Haubenreißer, den ich später bei einem Spaziergang im Gefängnis sah. Wir haben in der Zelle über alles mögliche gesprochen, aber eins weiß ich genau, daß mir Haubenreißer sagte: „Wenn ich bei der Sache dabei gewesen wäre, dann wäre ich bestimmt die Feiertage über nicht in Leipzig geblieben.“ Hoffmann bestätigt, daß ihm Haubenreißer sofort beim ersten Zusammentreffen erklärt hat, daß sich ihm der Staatsanwalt Höber als Feiertage über vorgestellt habe. Ich kenne Haubenreißer nur als einen Genossen, der selbst die wenigen Mark, die ihm von der Roten Hilfe überlassen werden, seiner Familie zugehen läßt und auf alle Bergünstigungen verzichtet. Genosse Hoffmann wollte dann noch eine kurze Beschwerde vorbringen, was der Vorsitzende mit aller Gewalt unterband. Zwei Beamte gehen auf Hoffmann zu, um ihn abzuführen.

In dem Moment springen alle angeklagten Genossen auf und verabschieden sich vom Genossen Hoffmann mit einem dreifachen „Rot Front!“

Das brachte das Gericht und die Staatsanwaltschaft aus der Fassung. Der Vorsitzende fragte den Staatsanwalt: „Haben Sie Anträge?“

Staatsanwalt Höber: „Ich beantrage sofortige Verurteilung aller Angeklagten.“

Nach kurzer Beratung werden

sämtliche Angeklagten zu je 3 Tagen Haft bestraft.

Die Strafe müßte sofort angetreten werden. Als die Genossen aus dem Saal geführt werden, marschieren sie im Marschschritt und singen „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Man hörte den Gesang durch das ganze Gerichtsgelände; solange lange die Genossen, bis sich die Tore des Zellengefängnisses hinter ihnen geschlossen hatten.

Bei jedem Verhandlungstag wird unter den Zuhörern eine Sammlung zur Unterstützung der Angeklagten durchgeführt. Diese brachte am Montag den Betrag von 8,25 Mark und am Dienstag von 4,05 Mark, ein Zeichen der engen Verbundenheit der Arbeiterschaft mit unseren vor den Schranken des Klassengerichts stehenden Jungkommunisten.

## Gegen den Leipziger Racheprozeß

Protektionen

„Die in der Jungarbeiterversammlung von Kloßke verammelten Jungproleten protestieren auf das entschiedenste gegen die Klassenjustiz, die 15 junge Proletarier ins Zuchthaus werfen will, und das Verbot des RAB, der einzigen Kampforganisation des Jungproletariats, vorzubereiten.“

Sie fordern die sofortige Freilassung der verhafteten Jungkommunisten und geloben, trotz allem Terror der Bourgeoisie, unter den roten Fahnen Karl Liebknechts härter als bisher den Kampf für ein freies, sozialistisches Deutschland zu führen.“

Die Protektionen sind ohne Gegenstimme, mit den Stimmen der anwesenden Mitglieder angenommen worden.

# „Die nationale Diktatur wird in der Flut des Bolschewismus versinken“

Dresden, den 9. Oktober.

In der Landtagsführung am Dienstag machte der Razi-Kedner Studentenkowksi ein unfreiwilliges Geständnis über die politische Zukunft seiner Partei, als er wörtlich ausführte:

„Glauben Sie, daß es möglich ist, daß man 6% Millionen Menschen hinter seiner Fahne sammeln kann, wenn man ihnen immer nur Scheinmanöver vormacht?“

Nein, das ist nicht möglich! Dem unlösbaren Wiederprach, Landstrecht der deutschen Kapitalisten und des Weltkapitals im Kampfe gegen den revolutionären Umsturz zu sein, in Worten jedoch den Nachläufer des Faschismus „Freiheit und Brot“ zu verkünden, kann sich die Hitler-Partei nicht mehr entziehen. Das Doppelgesicht des nationalsozialistischen Wahlsieges hat die Bourgeoisie mit Schreden und furchtsamer Abneigung erfüllt. Denn die Millionen kleinbürgerlicher und halbproletarischer Hitler-Wähler griffen zum Stimmzettel des 3. Reiches, um ihren Willen gegen die kapitalistische Barbarei zu demonstrieren. Die Legalisierung der Hitler-Partei, die Verwirklichung der ihr zugewiesenen Aufgabe, Hiltstruppe des internationalen Finanzkapitals zu sein, wird die Nachläufer des Faschismus grausam ernüchtern.

Umgekehrt wächst die Kraft des Kommunismus mit jedem weiteren Tag der kapitalistischen Katastrophenpolitik. Denn das Befreiungsprogramm des Kommunismus ist die Einheit von Theorie und Praxis. Der revolutionäre Klassenkampf unter seinem Banner ist nicht der Verrat an seinem Programm, sondern die Grundlage seiner Verwirklichung. Das ist es, was die Bourgeoisie erkannt hat. Darum wächst ihre Angst vor dem Kommunismus im selben Verhältnis wie ihre Steppis hinsichtlich des Wertes einer offenen faschistischen Diktatur unter führender Teilnahme der Hitler- und Goebbels. In dem großindustriellen Organ, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, vom 5. Oktober schreibt ein gewisser Dr. Mette über das Thema „Deutschland der Verfassung“:

„Einer — wie auch immer gearteten — nationalen Diktatur aber muß der Erfolg verlagert bleiben, und zwar deshalb, weil wir, im Gegensatz zu Italien, den Krieg verloren haben, unter den Diktatorien schwerer saßen und also an den für solche Diktatur notwendigen inneren Antriebs durch hohe, außenpolitische Ziele nicht zu denken ist. Die nationale Diktatur müßte schnellstens versinken im Chaos der Diktatur des Proletariats. Diese Diktatur des Bolschewismus aber, sie ist das, was Ebert so überaus drastisch mit „Vor-die-Hunde-Gehm“ bezeichnet hat, und es ist dabei völlig gleichgültig, ob sie im Gefolge einer vorherigen nationalen Diktatur hochkommt oder direkt an die Stelle des zusammengebrochenen parteiistischen und daher funktionsunfähigen Parlamentarismus tritt. Diese Diktatur freilich würde sich behaupten, weil sie, erst einmal wirklich zur Macht gekommen, ganz von der Regierung leben würde, von der Vernichtung aller bisherigen Mächte und Machthaber.“

Wenn nun aber der Parlamentarismus sich bei uns als unmöglich erwiesen hat, weil die Mehrheit der Parteien ihn in seiner Funktionsfähigkeit aufhebt, diese Mehrheit aber sich in absehbarer Zeit in keiner Weise auf wenige Parteien reduzieren läßt, und selbst wenn das möglich wäre, das Ergebnis zwei oder drei völlig intransigente Parteien sein müßten, die im Wechsel der Regierung Deutschland schnellstens in den Abgrund regieren würden; wenn andererseits auch eine nationale Diktatur nicht retten kann; wenn schließlich die an sich gewiß im einzelnen recht notwendigen Vorschläge, wie Veränderung des Wahlrechts, Zentralisierung von Ländern, Verwaltung und Regierung nicht helfen können, da sie rein symptomatische Mittel bleiben — wie dann können wir an der Scala des Parlamentarismus vorbeikommen, ohne von der Charade des Bolschewismus verschlungen zu werden?

Nachdem dann Mette seine Vorschläge zur Verfassungsrevision entworfen hat, fährt er fort:

„Man mag zu diesen Vorschlägen sehen wie man will, nichts kann erwünschter sein, dem eigentlichen Sinne dieser Darlegungen entsprechend, als daß Gegenvorschläge gemacht werden, die besser sind, Wege gewiesen werden, die gangbarer. Aber nichts ist auch gewisser, als daß es mit Fortwirken oder bloßen Symptomkurieren nicht mehr getan ist; daß vielmehr — als notwendige Folge des Parteiparlamentarismus — Wirtschaft auf allen Gebieten, Verantwortung und zunehmende Korruption geradezu gleichmäßig zu gewaltiger, revolutionärer Entladung drängen. Es gibt heute keine andere Bedrohung der Republik als durch die Orthodoxen der Republik selbst; nachdem sie seit langem die Freiheit in der Republik gefährdet haben, bedrohen sie jetzt den Bestand der Republik selbst durch ihren Buchstabenfanatismus. Es ist daher nicht bloß für die staatsrechtlichen Parteien und ihre Führer eine Existenzfrage, ob sie sich zum gemeinsamen Ziel einer Verfassungsänderung auf dem gemeinsamen Weg des dualistischen (d. h. Zweikammer-Red.) Systems zusammenfinden, oder ob sie durch kurzfristiges Verharren bei symptomatischen Mitteln selber einer Diktatur und damit (!!) dem Bolschewismus zum Siege verhelfen.“

In diesen Ausführungen liegt der Schlüssel der Erklärung, warum die Bourgeoisie abermals die SPD als „staats-erhaltende Partei“ zur Mitregierung offen oder indirekt heranzieht. Die SPD soll, wie das „Berliner Tageblatt“ vor wenigen Tagen ausführte, „der Deich zwischen Bürgerium und Kommunismus“ sein. Nicht der Faschismus ist eine dem Kapitalismus feindliche Kraft, sondern nur der Kommunismus, dessen Programm der revolutionäre Umsturz des kapitalistischen Systems und Hungerordnung, die Befreiung der arbeitenden Klasse ist. Vor allem die SPD-Arbeiter sollten erkennen, zu welchen Zwecken sie erneut von ihren Führern mißbraucht werden. Den Deich sollen sie bilden, der die kommunistische Flut gegen Kapitaldiktatur und deren faschistische Trostkecke bricht. Sie sollen die Kraft sein, die sich der Befreiung ihrer eigenen Klasse entgegenwirft.

## Frontkämpferkabinett wirft Börner Kapital Millionen in den Nachen

Statt Befreiung der Millionen, statt Eintreibung der ins Ausland verschobenen Milliarden, um das Haushaltsdefizit zu decken, bewirbt sich die deutsche Regierung um eine Auslandsanleihe von 500 Millionen Mark. Der Vermittler dieser Anleihe ist der schwedische Rindholzking Kreuzer, dem Silberding während seiner Regierungszeit das Rindholzmonopol auslieferte. Kreuzer verlangt für die Anleihevermittlung 7 Prozent Wucherzinsen, verdient also an dem Geschäft 35 Millionen Mark.

So wirft das „Frontkämpfer-Kabinett“, in dem mitregieren zu dürfen die SPD-Führer und Nazis alle Anstrengungen machen, den ausländischen Finanzmagnaten Millionen in den Nachen, während den deutschen Arbeitern und Angestellten die Löhne und Gehälter gekürzt werden.